

Forderungen des Careleaver e.V. zu dem Hearing „Listen to us!“ Perspektiven junger Menschen und Eltern auf Selbstvertretung in der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe, 26. Januar 2026 im BMBFSFJ

Aus den gemeinsamen Vorbereitungstreffen haben sich folgende Forderungen und Impulse an die bundespolitische Ebene ergeben:

1. Selbstvertretung braucht verlässliche Strukturförderung

Wir fordern eine verlässliche, mehrjährige Strukturförderung für Careleaver- und Betroffenen-Selbstorganisationen (Bund/Länder/Kommunen), inklusive Personalstellen, Infrastruktur, Öffentlichkeitsarbeit, Supervision sowie Aufwandsentschädigungen/Honorare.

2. Stellvertretung auf Augenhöhe - Nichts über uns ohne uns

Wir fordern verbindliche Beteiligung nach dem Prinzip „Nichts über uns ohne uns“: mit Stimmrechten, Antragsrechten, Budget und Rückmeldepflichten, damit Beteiligung nicht symbolisch bleibt.

Wir fordern Kooperation auf Augenhöhe: Selbstvertretung hat das Recht, Bedingungen für Zusammenarbeit zu formulieren und aktiv eingebunden zu werden (z.B. Transparenz, Vergütung, Orte, Zeiten, Datenschutz, Schutz vor Instrumentalisierung).

Wir fordern das Ende von Scheinpartizipation: Beteiligung muss Konsequenzen haben (Mitentscheidung und Rückmeldepflicht).

Um dies sicherzustellen, braucht es gleichzeitig unabhängige Ombudsstellen die dabei unterstützen, die Rechte von Menschen mit Jugendhilfee erfahrung zu stärken und ihre Umsetzung in Verfahren und Entscheidungen abzusichern. Voraussetzung dafür ist ihre Unabhängigkeit von Jugendämtern und Trägern.

3. § 4a SGB VIII konkretisieren und verbindlich umsetzen

Wir fordern verbindliche Ausführungsbestimmungen in den Ländern und Kommunen zu §4a SGB VIII mit Mindeststandards, klaren Zuständigkeiten, Zeitressourcen, Finanzierung und Wirkungskontrolle, damit die Verantwortung nicht diffus bleibt.

4. Selbstvertretung für alle Bereiche der Jugendhilfe sicherstellen

Wir fordern, Selbstvertretung nicht nur auf Wohngruppen zu beziehen: Pflegekinder müssen gezielt erreicht, eingebunden und unterstützt werden.

Wir fordern dabei besondere Schutz- und Zugangskonzepte in Pflegefamilien, weil Abhängigkeiten oft größer sind. Auch fordern wir, dass Zugänge für unbegleitete (minderjährige) Geflüchtete geschaffen werden, damit alle gleichermaßen Mitbestimmungs- und Gestaltungsrechte haben.

5. Stimm- und antragsberechtigte Sitze in Jugendhilfe-Gremien verankern

Wir fordern gesetzlich abgesicherte, stimmberechtigte Plätze für Selbstvertretungen in kommunalen und landesweiten Jugendhilfeausschüssen und weiteren relevanten Fachgremien. Darüber hinaus braucht es eine Sensibilität darüber, dass Jugendhilfeausschüsse in der momentanen Form eine große

Hürde ist (Bspw. Sitzungszeiten frühs an Werktagen, wenig Begleitung in den Strukturen) - Wir fordern, dass diese Gremien darin bemüht sind, diese Hürden zu erkennen und in Absprache mit uns abzubauen.

6. Thematische Selbstbestimmung, Vielfalt und Kontinuität- Wir setzen die Themen!

Wir fordern die Anerkennung, dass Selbstvertretung vielfältig ist: unterschiedliche Themen, Bedürfnisse und Prioritäten sind normal und dürfen nicht gegen Legitimität ausgespielt werden.

Wir fordern thematische Selbstbestimmung: Careleaver:innen setzen die Agenda – Politik und Verwaltung müssen darauf reagieren, statt nur eigene Fragestellungen „abzufragen“.

7. Informationspflicht über Selbstvertretung- Jugendämter und Träger müssen über Selbstvertretung informieren

Wir fordern eine gesetzliche Pflicht für Jugendämter und Träger, Angebote der Selbstvertretung aktiv zu bewerben (nicht nur zu dulden). Diese müssen standardisiert bei Aufnahme, Hilfeplanung, Hilfeende und regelmäßig dazwischen kommuniziert werden.

8. Evaluation und Rechenschaft über Beteiligung und Selbstvertretung

Wir fordern öffentliches Reporting (Bund/Länder/Kommunen): Welche Strukturen existieren, wen erreichen sie, wie barrierefrei sind sie, und welche konkreten Verbesserungen folgen daraus.

9. Selbstvertretung alltagsnah sichtbar machen

Wir fordern dauerhafte Kooperationen und Sichtbarkeit von Selbstvertretung in Schulen, Berufsschulen, universitären Kontexten, Jugendzentren, Beratungsstellen, andere Kinder- und Jugendgremien, Wohngruppen und Pflegefamilien.

Wir fordern, dass Vernetzung und Selbstvertretung dort sichtbar und erreichbar sind, wo junge Menschen sich ohnehin aufhalten: Schulen, Berufsschulen, Hochschulen, Jugendzentren, Beratungsstellen, Pflegekinder-Treffen, Einrichtungen sowie online.

10. Selbstvertretung unterstützt die Entwicklung von sozialer Arbeit, aber ersetzt diese nicht

Wir fordern eine klare fachliche und rechtliche Leitlinie: Selbstvertretung ist Empowerment und zusätzlicher Schutz, aber kein Ersatz für staatliche Verantwortung, Hilfeplanung, Existenzsicherung und professionelle Unterstützung.

Damit wir gut nach Innen und Außen wirken können, brauchen wir eine verlässliche und ausreichende Betreuung nach § 35 oder § 41 SGB VIII. Diese Betreuung muss an den individuellen Bedarf des jungen Menschen angepasst sein.

11. Rechtsstatus „Leaving Care“ einführen

Wir fordern die Einführung eines bundesweit einheitlichen Rechtsstatus „Leaving Care“ im SGB VIII, damit die Lebenslage rechtlich eindeutig anerkannt wird, Ansprüche verlässlich greifen und es hier zu einem dringend benötigten Bürokratieabbau kommt.

Wir fordern, dass der Rechtsstatus rechtskreisübergreifend wirkt (u.a. bei Ausbildungsförderung/Existenzsicherung/Wohnen/Gesundheit) und zu einer elternunabhängigen sozialen Sicherung führt. Sozialleistungen sollen gewährt werden, ohne auf Einkommensnachweise, Mitwirkung oder auf Kontakt zu Eltern angewiesen zu sein. Diesen indirekte Zwang der Kontaktaufnahme zu umgehen bedeutet, unnötig lange Wartezeiten in den Ämtern als auch den

inner- und außerbehördlichen bürokratischen Aufwand deutlich zu verringern - dies vermeidet so Leistungslücken sowie retraumatisierende Nachweisroutinen.

Wir fordern, dass die Ausarbeitung und Umsetzung des Rechtsstatus unter Beteiligung von Careleavern erfolgt und politisch als Nachteilsausgleich/Chancengerechtigkeit verankert wird.

12. Fachkräfteausbildung „revolutionieren“ - Machtkritische und traumasensible Ausbildung verpflichtend

Wir fordern Pflichtmodule und Prüfungsanteile zu Machtkritik, Rechten, Beteiligung, Armut und traumasensibler Praxis in Ausbildung/Studium sowie regelmäßige Fortbildungen in der Praxis, die gemeinsam von und mit Selbstvertretungsstrukturen aus Menschen mit Jugendhilfeeferfahrung gestaltet werden.

13. Selbstvertretung systematisch in Ausbildung einbinden

Wir fordern, Selbstvertretungen als bezahlte Expert:innen in Lehre, Fortbildung und Qualitätsentwicklung zu verankern. Wir sind Expert:innen auf Augenhöhe und wünschen uns, dass dies auch so gesehen wird.

14. Bürokratie umbauen: Verfahren ohne Elternkontakt

Wir fordern, dass Sozialstaat-Verfahren (z.B. BAföG, Jobcenter, Wohnen, Ausbildung) standardmäßig ohne Elternmitwirkung funktionieren. Entscheidungen und Schutzmaßnahmen, die innerhalb der (ehemaligen) Jugendhilfe getroffen worden sind, sollen für alle Behörden zeitlos bindend sein und zum Zwecke der Bürokratie nicht "deaktiviert" werden. Fehlender Elternkontakt darf niemals ein Grund dafür sein, dass wir in Existenzängste kommen.

15. Barrierefreiheit und Inklusion als Standard

Wir fordern finanzierte Barrierefreiheit (Gebärdensprachdolmetschung, Übersetzung, leichte Sprache, Assistenz, barrierefreie Räume und digitale Zugänge) und gezielte Zugänge, damit jede:r in unseren Strukturen partizipieren kann. Zudem ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass das Inklusive Kinder- und Jugendhilfegesetz (IKJHG) wieder aufgenommen und vom Bundestag beschlossen wird. Auf dieser Gesetzesgrundlage wird ermöglicht, Barrieren für Menschen mit und ohne Behinderung abzubauen.